

DIE JUNGEN ERWACHSENEN UND DAS STRAFRECHT

DR. JÓZSEF MOLNÁR

Universitätsdozent

Wir haben zufällig die Möglichkeit, unsere Studie — abweichend von der üblichen Methode — mit zusammenfassenden Bemerkungen einleiten zu können. Dieser Umstand ist der Tatsache zu verdanken, daß die Forscher des Landesinstitutes für Kriminologie und Kriminalistik vor zehn Jahren zu gleicher Zeit mit anderen europäischen Ländern eine Forschungsreihe zur Untersuchung der Kriminalität der jungen Erwachsenen durchgeführt haben. Sie wollten die wissenschaftliche Vermutung beweisen, daß im Falle der jugendlichen Erwachsenen die Existenz der sich qualitativ von den Jugendlichen und Erwachsenen unterscheidenden Personen als Gruppenerscheinung auch auf dem Gebiet des Strafrechtes Beachtung verdient. Wie jeder gesellschaftliche Wirkungsfaktor, dessen Gegenstand die entsprechende Formung der Jugend darstellt — die Realisierung ihrer positiven Bestrebungen, der Schutz vor schädlichen Einwirkungen —, so darf auch das Strafrecht die Existenz dieser Altersgruppe nicht außer Acht lassen, wenn es nicht auf bloße Fiktionen bauen will. Das Ergebnis der Forschungen möchten wir, zusammengefaßt in folgenden Punkten, kurz darlegen:

a) Die Übergangszeit zwischen der Pubertät und dem Erwachsenenalter ist nicht nur in der Sozialpsychologie, sondern mit Hilfe diesbezüglicher Forschungen auch in der Kriminologie nachzuweisen.

b) Es ist die kriminalpsychologische Voraussetzung nachzuweisen, daß mit dem 18. Lebensjahr, d.h. mit Erreichen der strafrechtlichen Volljährigkeit die Reife der Persönlichkeit der Täter nicht abgeschlossen ist. Die unter 18–22 jährigen Verurteilten durchgeführte Untersuchung konnte in deren Persönlichkeitsbild keinen wesentlichen Unterschied nachweisen, vielmehr noch hat unter diesen jugendlichen Erwachsenen das Zurückbleiben in der Reife sehr schwere und manchmal sogar psychopathologische Probleme aufgeworfen.

c) Wenn man die Forschungsergebnisse von soziologischem Gesichtspunkt aus betrachtet, stellt sich heraus, daß die die Jugend überschrittenen Täter auf einen höheren Grad der gesellschaftlichen Selbständigkeit gelangt sind und sich unmittelbar auf die Erfüllung der Erwachsenenrolle

vorbereiten. Diese Lage kommt allerdings in erster Linie in den Zielen und Erwartungen zum Ausdruck und wirkt nicht auf den tatsächlichen Einbau in die Gesellschaft ein. Der jugendlich-erwachsene Täter steht an der „Schwelle“ des Erwachsenenalters, doch die Position, von der aus das Überschreiten dieser „Schwelle“ ermöglicht wird, unterscheidet sich nicht viel von der Lage, die charakteristisch für die Jugendlichen in der Pubertät ist.

d) Dieser Umstand wirkt sich auch auf die Kriminalität der jugendlichen Erwachsenen aus. Die Auswahl der Verbrechenkategorien wurde durch die identische Häufigkeit in den beiden Altersgruppen ermöglicht. Im Laufe des Vergleichs dominierte sowohl auf der Ebene des Motivationsnetzes als auch der phänomenologischen Erscheinungen die Identität. Die im jungen Erwachsenenalter vorhandenen Sozialisierungsschwierigkeiten sind zusammen mit der ungenügenden Erziehungslage auch an sich als kriminogene Faktoren zu betrachten. Auf diese Weise kann die Kriminalität der jugendlichen Erwachsenen als verzögerte Jugendkriminalität aufgefaßt werden, zusammen mit all deren Eigentümlichkeiten.

e) Die sich auf die Jugendlichen beziehenden besonderen strafrechtlichen Regeln weisen – wegen dem mehr oder minder identischem Gewicht und der Eigentümlichkeiten der zur Aburteilung gelangenden Verbrechen – weder in der Ermittlung noch in sonstigen Verfahrenshandlungen einen bedeutenden Unterschied im Vergleich zu der Gruppe der jugendlichen Erwachsenen auf.

f) Umso größer dagegen ist der Unterschied zwischen den beiden Gruppen in Hinsicht der zu Abschluß des Strafverfahrens auftretenden konkreten Beurteilung. Es tritt die paradoxe Lage ein, daß die mehr oder weniger identische Eigenschaften aufweisenden Tätergruppen – wegen der Abweichung der lediglich als Meßinstrument dienenden Rechtsfolgen – einer wesentlich abweichenden rechtlichen Beurteilung unterliegen. Wegen gewisser Spannungen erfährt auf Ebene der Beurteilung die Gruppe der jugendlichen Erwachsenen sogar im Vergleich zur breiten Schicht der Erwachsenen eine ungünstige Beurteilung.¹

g) Dieser anachronistisch erscheinenden ungünstigen Lage kann durch Ausgestaltung des selbständigen strafrechtlichen Status der jugendlichen Erwachsenen abgeholfen werden. Mit Einführung dieser strafrechtlichen Kategorie wird nicht nur eine tatsächlich existierende gesellschaftliche Erscheinung gesetzlich anerkannt, sondern auch der praktischen Verwirklichung der sich auf die Jugendlichen beziehenden spezifischen strafrechtlichen Bestimmungen geholfen.

h) Das jugendliche Erwachsenenalter ist also eine mit biopsychologischen Wurzeln verfügende gesellschaftliche Kategorie, deren Ähnlichkeit mit der im strafrechtlichen Sinne verstandenen Jugend eindeutig ist; ihr Wesen liegt nicht in den Charakteristika des Lebensablaufes sondern in den Kennzeichen der Antwort auf die damit zusammenhängenden gesellschaftlichen Folgen. Die gesetzliche Anerkennung der strafrechtlichen Kategorie des jungen Erwachsenenalters wäre mit der Widerspiegelung der Persönlichkeitseigenschaften dieses Lebensalters auf Ebene der gesellschaftlich-rechtlichen Forderungen identisch.

Wenn wir uns die strafrechtliche Anerkennung der Altersgrenzen der jugendlichen Erwachsenen zur Aufgabe stellen, dürfen wir nicht vergessen, daß diese Bestimmungen in ihren Anfängen bereits heute schon in unserem Strafgesetzbuch aufzufinden sind. Als eine solche können wir zum Beispiel das sich auf die das 20. Lebensjahr noch nicht erfüllten Täter beziehende Strafverbot betrachten, wie z. B. das Verbot der Todesstrafe sowie des lebenslänglichen Freiheitsentzuges. Hierher gehört der Vollzug des Freiheitsentzuges der das 21. Lebensjahr nicht erfüllten Personen in einem speziellen Gefängnis, dem Jugendgefängnis. Hierher kann auch die gesetzliche Bestimmung gereiht werden, die die Möglichkeit ausschließt, daß die das 20. Lebensjahr noch nicht erfüllte jugendliche Person als „besonders gefährlicher Rückfälliger“ zu betrachten ist. All das stellt ohne Zweifel die strafrechtliche Anerkennung dessen dar, daß der Reifeprozess der jugendlichen Personen nicht mit Erfüllung des 18. Lebensjahres abgeschlossen ist und sich auch auf sie — wenn auch in stark beschränktem Maße — der den Jugendlichen zustehende spezielle Schutz erstreckt. Die gesetzliche Anerkennung der Kategorie des jugendlichen Erwachsenenalters wurde die volle Entfaltung dieser Auffassung darstellen. Die Rechtseinstitution des jungen Erwachsenenalters würde nicht als Ergebnis komplizierter Regelungen entstehen, sondern in wesentlichen als Folge der Annahme einer Konzeption und deren gesetzlicher Formulierung. Deren Wesen würde einerseits die auf einige Jahre ausgedehnte gesetzliche Präsumption der „strafrechtlichen Volljährigkeit“ von beschränkter Wirkung darstellen, andererseits die Möglichkeit einer richterlichen Entscheidung, die breite Rechtsfolgen enthält und als Ergebnis einer Erwägung entsteht. Es geht praktisch darum, daß der sich bis zum 20. Lebensjahr erstreckende, oben erwähnte strafrechtliche Schutz auf die gesamte Zeit des so geschaffenen jungen Erwachsenenalters ausgedehnt wird. Und was noch bedeutsamer ist: im Falle des im jugendlichen Erwachsenenalter befindlichen Täters würde der Richter die Möglichkeit erhalten, unter gewissen Bedingungen so zu entscheiden: mit Ausnahme einiger (hauptsächlich verfahrensrechtlicher) gesetzlicher Bestimmungen wird er auf den Täter in der Gesamtheit die sich auf Jugendliche beziehenden speziellen strafrechtlichen Bestimmungen anwenden.

Der gesetzliche Begriff des jungen Erwachsenenalters würde also aus einzelnen zwingenden Rechtsbestimmungen und einer Rechtsanwendungsentscheidung von großer Bedeutung entstehen. Dieser zusammengesetzte Charakter widerspricht der Auffassung, die das „Strafrecht der jungen Erwachsenen“ aus der fallweisen Ausdehnung des „Strafrechtes der Jugendlichen“ ableiten will. Eine solche Auffassung ist auch deshalb nicht angebracht, weil einer solchen Lösung zufolge in beträchtlichen Teil der Fälle das Gericht über die Anwendung der speziellen, sich auf Jugendliche beziehenden Regeln erst zu Ende des Strafverfahrens, im Urteil entscheidet, woraus sinngemäß die Außerachtlassung sonstiger, das Strafverfahren Jugendlicher umfassender garantierter Regeln folgt.

Die Altersgrenze der jungen Erwachsenen verfügt also nicht über eine autonome strafrechtliche Rechtsstellung. Auch ihre gesetzliche Rele-

vanz ist die Funktion komplizierter Entscheidungsprozesse. Das eigentümliche Charakteristikum ihrer Existenz stellt der in Jahren ausdrückbare Rahmen dar, dessen untere Grenze von gegenwärtigen strafrechtlichen „Erwachsenenalter“ gebildet wird und dessen obere Grenze eine den realen Ansprüchen entsprechende, neue Strafrechtsregel entscheiden würde.

Unserer Meinung nach müßte diese obere Altersgrenze bei 21 Jahren festgelegt werden.

Die neue Lebensalterkategorie der 18–21 jährigen würde scheinbar eine Störung in dem unter den verschiedenen Rechtszweigen einheitlich entstandenen Instituts-System der Altersgrenzen verursachen. Es ist sogar auch darin ein gewisser Widerspruch zu sehen, daß wir – während in anderen Rechtszweigen der Erwerb der Erwachsenenberechtigungen sich immer mehr auf das jüngere Lebensalter verlegt – auf dem Gebiet der strafrechtlichen Verantwortung einen Vorschlag zur fallweisen Verzögerung des Erwachsenwerdens unterbringen. Wenn wir die Frage nur formell betrachten, ist in der Tat ein gewisser Ausgleich der Altersgrenzen auf dem Gebiet der einzelnen Rechtsweige zu finden. Im Staatsrecht zum Beispiel erwerben die Jugendlichen das Wahlrecht bereits mit dem 18. Lebensalter. Im Familienrecht beginnt die Volljährigkeit mit dem 18. Lebensjahr. Die Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren müssen von Gesichtspunkt des Arbeitsrechtsverhältnisses aus als Jugendliche betrachtet werden. Von verwaltungsrechtlichem Gesichtspunkt aus z. B. tritt das musterungspflichtige Alter mit dem 18. Lebensjahr ein usw.

All dies erkennen wir als Tatsache an, gleichzeitig kann nicht verschwiegen werden, daß die jetzt erwähnten Übereinstimmungen in den Altersgrenzen keine solche organische Einheit innerhalb des Rechtssystems bedeuten, von der gleich welche Abweichung einen in irgendeiner Konzeption eintretenden Bruch bedeuten würde. In erster Linie deswegen, weil das als obere Grenze der Jugend erwähnte 18. Jahr und die sich daran anschließenden Rechtswirkungen wegen der Häufigkeit des in den einzelnen Rechtszweigen auffindbaren „mittleren“ Alters viel von ihrer kategorisierenden Bedeutung verlieren. Das Familienrecht sichert dem Minderjährigen unter 18 Jahren – wenn auch nur in beschränktem Umfang – bereits gewisse „erwachsene“ Rechte. So verfügt der Minderjährige vom 14. Lebensjahr an über den selbständigen Verdienst. Nach Erfüllung des 16. Lebensjahres kann er mit Erlaubnis der Vormundschaftsbehörde das elterliche Haus verlassen. Und mit der Eheschließung erwirbt die minderjährige Person die Volljährigkeit.

Ähnliche Beispiele könnten auch aus dem Gebiet des Arbeitsrechtes aufgezählt werden. (So kann z. B. das Verbot der Nachtarbeit nach Erfüllung des 16. Lebensjahres aufgelöst werden.) Und was die Grenze des musterpflichtigen Alters betrifft, kann das 18. Jahr auch hier nicht als absolut betrachtet werden, weil aufgrund freiwilliger Meldung der Jugendreihe bereits bei Erfüllung des 17. Lebensjahres zum Wehrdienst eingereiht werden kann. (Der Wehrdienst der Musterpflichtigen erlaubt übrigens illich – ähnlich wie bei den Jugendlichen – die Anwendung des Strafrechtes der jungen Erwachsenen.)

Die Strafrechtsregeln der jungen Erwachsenen können auch in ihrer Tendenz von den in anderen Rechtszweigen zum Ausdruck kommenden Bestrebungen nicht getrennt werden. Aus der Tatsache nämlich, daß in anderen Rechtszweigen das Erwachsenwerden und die sich daran anschließenden Rechte mit der Erfüllung des 18. Lebensjahres — in vielen Fällen sogar mit der Erfüllung eines früheren Lebensalters — verbunden werden, kann überhaupt nicht die Schlußfolgerung gezogen werden, daß zu diesem „Vertrauen“ nur der frühe Beginn der strafrechtlichen Verantwortung der Erwachsenen adäquat sein kann. Es geht also keinesfalls darum, daß die Egalisierung der von anderen Rechtszweigen gewährten „Begünstigungen“ gerade im Strafrecht zur Anwendung kommen müsse.

Im Gegenteil, das Strafrecht muß in dieser Hinsicht die Harmonisierung einzelner, zu anderen Gebieten gehörender Rechtsregeln schaffen. Diese Rechtsregeln erlauben nämlich trotz des Mangels an völliger sozialer Eingliederung ein erwachsenes Verhalten denjenigen nicht völlig reifen Jugendlichen gegenüber — in erster Linie aus der Überlegung heraus, daß ihr aktiver Einbezug in das gesellschaftliche Leben den Prozeß ihrer sozialen Reife beschleunigt. Es ist allgemein bekannt, daß die Entwicklung der Fähigkeiten an besten durch deren Funktion erreicht werden kann. Für unsere Gesellschaft ist gerade charakteristisch, daß sie mutig auf die aktive gesellschaftliche Rolle der Jugendlichen rechnet und die Tore des öffentlichen Lebens vor ihnen so weit wie nur möglich öffnet. Warum muß aber dabei vergessen werden, daß all dies sich inmitten des Erwachsenwerdens, parallel zu den vielschichtigen Reifeprozessen und diese dabei fördernd abspielt? Das grundlegende Ziel der Gesellschaft besteht also darin, die Jugendlichen zu lehren, sie zu üben und vorzubereiten auf die Durchführung der am immer breiter werdenden Horizont auftauchenden staatsbürgerlichen Aufgaben, und nicht darin, sie ungeduldig und unvorbereitet in das „Meer der erwachsenen Verantwortung“ zu stoßen. In der von uns behandelten Hinsicht würde also das Prinzip „mehr Recht mehr Verantwortung“ die falsche Illusion des Gleichgewichtes der Rechte und Pflichten bedeuten und wir würden in Widerspruch zu den grundlegenden Zielen gelangen. Das hier formulierte „mehr Recht“ — oder noch genauer: der frühere Erwerb der Rechte — entstammt gerade dem Gedanken der Erziehung der Jugendlichen, wie auch die Konzeption der Einführung des jungen Erwachsenenalters ein Produkt der erhöhten Erziehbarkeit der jungen Altersklassen darstellt.

Es kann von niemandem in Zweifel gezogen werden, daß die Festlegung der oberen Altersgrenze in 21 Jahren die entsprechende Selbstbescheidung zeigt, und dies wird besonders dann klar, wenn wir uns überlegen, daß einzelne ausländische Gesetzbücher die obere Gränze des jungen Erwachsenenalters beim 23., andere beim 25. Lebensjahr festlegen. Kriminologische Forschungen und sonstige statistische Ermessungen dagegen schließen die Untersuchungsgruppen der jungen Erwachsenen sehr oft mit dem 29. Lebensjahr ab. Neben der Festlegung in 21. Lebensjahr können folgende Argumente aufgezählt werden:

a) Die psychosozialologischen Charakteristika des jungen Erwachsenenalters zeichnen sich immer stärker in den sich mit der Entwicklung beschäftigenden Wissenschaften ab. Es ist in der Frage zur Herausbildung der übereinstimmenden Meinung gekommen, daß die Reife der Persönlichkeit mit dem 18. Lebensjahr nicht abgeschlossen ist, sondern sich mit veränderlicher Intensität und veränderlichen Komponenten weiter fortsetzt. Zweifellos hält diese Art der Persönlichkeitsentwicklung am intensivsten und allgemeinsten bis zum 21. Lebensjahr an.

b) Bei der strafrechtlichen Anerkennung des jungen Erwachsenenalters muß die gleiche rationelle Vorsichtigkeit bezeugt werden in Hinsicht der Ausgestaltung der Altersgrenzen, die auch damals die Schaffung des Strafrechtes der Jugendlichen charakterisierte. Falls jemand der Meinung ist, daß die Einschränkung des jungen Erwachsenenalters auf drei Jahrgänge die vielschichtige Beschäftigung damit überflüssig macht, dem sei nahegelegt, in Betracht zu ziehen, daß sich das strafrechtliche Jugendlichenalter auch heute in den meisten Ländern auf vier Jahrgänge erstreckt, und sich dennoch darauf ein ganzes System der Justiz aufbaut.

c) Die oberste Jahresgrenze des jungen Erwachsenenalters muß einer mit den Erfahrungen der Rechtsanwendung auch übereinstimmenden pönologischen Begründung entsprechen. Es darf für keine Minute vergessen werden, daß die rechtliche Bedeutung des jungen Erwachsenenalters schließlich nichts anderes ist, als ein, der Rechtsanwendung gewährtes neues Mittel zur Vollziehung der Individualisierung. Die Gerichte enthalten sich nämlich der Anwendung der Erziehungsmaßnahmen bei den älteren Altersklassen, wodurch die Verkümmern dieser gesamten Institution verursacht wird.

Für die das 18. Lebensjahr überschrittenen, doch das 21. Lebensjahr noch nicht erfüllten jungen erwachsenen Täter müßte der Regel gemäß – abgesehen von einigen, sich einheitlich auf sie erstreckenden Begünstigungen – das sich auf die Erwachsenen beziehende, allgemeine Strafrecht angewandt werden. Das folgt sinngemäß aus dem bereits dargelegten Prinzip, nämlich daraus, daß die spezielle strafrechtliche Aburteilung der jungen Erwachsenen nur eine rechtsanwenderische Möglichkeit ist, die zu Ende des Strafverfahrens, bei der Urteilsfällung realisiert wird. Bei Abschluß des Strafverfahrens begegnen wir zwei Gruppen der jungen Erwachsenen. Der einen Gruppe gegenüber wird neben den allgemeinen Begünstigungen – Ausschluß der Todesstrafe und des lebenslänglichen Freiheitsentzuges – das normale, „erwachsene“ Strafrecht angewandt. Auf die andere Gruppe sind die sich auf Jugendliche beziehenden speziellen strafrechtlichen Bestimmungen ausgedehnt worden. Im rechtlichen Status hat dies keinerlei Unterschied zur Folge. Die abweichende Beurteilung führt zur qualitativen und quantitativen Differenzierung der Rechtsfolgen, doch nachdem dies geschehen ist, besteht keinerlei Notwendigkeit mehr, die jungen erwachsenen Verurteilten weiter zu unterscheiden. Die abweichende Beurteilung stellt sich aus dem Urteilstext offensichtlich heraus, praktisch aber gibt die tatsächliche Lage des Verurteilten eine Richtweisung. So ist im Falle des jungen Erwachsenen, der ins Besserungsinstitut

eingewiesen wird oder zu Bewährung freigelassen wird der Charakter der Urteilsprechung nicht zweifelhaft. Bei dem zum Freiheitsentzug verurteilten jungen Erwachsenen kann sich die spezielle Beurteilung nur in der Zahl der verhängten Jahre realisieren, da die Vollziehung der Strafe einheitlich in Jugendgefängnis erfolgt.

Aus all dem folgt sinngemäß, daß die Aburteilung der Strafsachen junger Erwachsener nicht in die Kompetenz des Jugendgerichtes, sondern die Kompetenz des den allgemeinen Regeln nach zuständigen Erwachsenenengerichtes verwiesen werden müßte. Die Anerkennung der Gerichtsbarkeit der Erwachsenenengerichte wird durch den Umstand begründet, daß auf solche Weise die die Verlangsamung des Verfahrens zur Folge habenden gerichtlichen Verlegungen verhindert werden können, die übrigens die richterliche Negligierung der jetzt behandelten gesetzlichen Möglichkeit zur Folge haben könnte.

Ähnlicherweise würde eine Verschleppung des Verfahrens herbeigerufen, wenn wir zur speziellen strafrechtlichen Beurteilung der jungen Erwachsenen auch die Forderung nach Durchsetzung der sich auf Jugendliche beziehenden verfahrensrechtlichen Regeln gesellen würden. Unter den die Jugendlichen schützenden verfahrensrechtlichen Garantien würden einige schon der bereits erwähnten Eigentümlichkeiten wegen von vornherein nicht realisierbar bleiben. Als solche sind zu betrachten: die Teilnahme des Jugendstaatsanwaltes, das Anwesenheits-, Bemerkungs-, Auskunfts- und Antragsrecht des gesetzlichen Vertreters, die Bindung der Untersuchungshaft an eine Voraussetzung sowie ihre spezielle Durchführung, die Beiordnung eines fallweisen Vormundes usw. Es könnte zwar für die nachträgliche Ergänzung von Garantien anderen Charakters gesorgt werden, doch würden diese bei weitem nicht die vom Gesetz beabsichtigte Ebene des Schutzes erreichen. Wir denken hier an die obligatorische Teilnahme des Verteidigers oder die dem Belasteten im Laufe der Verhandlung gewährte Schonung. Wir können lediglich einige solche verfahrensrechtliche Regeln finden, deren Übernahme aus dem Strafverfahrensgesetz nicht nur erwünscht ist, sondern im Vergleich zu dem mit Jugendlichen zusammenhängenden Verfahren auch in erhöhtem Maße als erforderlich betrachtet werden können. Natürlich wären viele Probleme gelöst, wenn – ähnlich zu den Jugendlichen – auch im Laufe der speziellen Beurteilung der Angelegenheiten der jungen Erwachsenen das Vergehensverfahren ausgeschlossen wäre.

Unter diesen wird besonders der Erwerb der Mittel hervorgehoben, die dem regelrechten Beweis des Lebensalters des Täters dienen, sowie dem Beweis der Umstände, die seine Persönlichkeit, Intelligenzentwicklung und Lebensverhältnisse charakterisieren. Nicht abgesehen werden kann insbesondere von der Milieustudie oder der Einholung der Einschätzung durch die Schule oder die Arbeitsstelle. Wenn diesen Beweismitteln in den Angelegenheiten der Jugendlichen hervorragende Bedeutung zukommt, dann ist dies noch mehr der Fall bei den jungen Erwachsenen, wo die Anwendung der ganzen spezifischen Rechtsinstitution davon abhängt: sind in den Persönlichkeit des Täters die an Jugendliche erinnernden Eigenschaften

zu erkennen, die die Hoffnung einer erhöhten Umerziehbarkeit und darauf folgend die Anwendung spezieller Strafrechtsregeln begründen?

Die selbständige strafrechtliche Beurteilung der jungen Erwachsenen bedeutet bisher also soviel, daß innerhalb eines bestimmten Lebensalters das Jugendgericht aufgrund von Verfahrensregeln „gemischten Charakters“ darüber entscheiden kann, ob es bei den das Jugendalter überschreitenden Personen die besonderen Bestimmungen des VII. Kapitels des StGB anwendet.

Wir wollen nicht auf Detailfragen der konkreten gesetzlichen Regelung eingehen, nach Annahme der vorgeschlagenen Konzeption wäre ein Vergleich sowie ein Überblick solchen Charakters sowieso eine unerläßliche Forderung. Es scheint allerdings begründet, darauf zu verweisen, daß zur Initiative der besonderen Beurteilung der jungen Erwachsenen die richterliche Vorbereitung der Verhandlung an geeignetsten erscheint. Aufgrund der Untersuchungsdaten kann in Laufe der Vorbereitung der Staatsanwalt, die Verteidigung oder gleich welches Mitglied des Senats einen Antrag auf die besondere Beurteilung stellen. Wenn der Antrag begründet ist, ist das Gericht dazu in der Lage, für die Einholung der bereits erwähnten Beweismittel zu sorgen. Wir möchten jedoch betonen, daß auch mangels einer derartigen Entscheidung dem Gericht das Recht zugestanden werden müßte, als Ergebnis des gesamten Verlaufes der Verhandlung auch ohne gesonderten, darauf gerichteten Antrag über die Anwendung der sich auf Jugendliche beziehenden strafrechtlichen Regeln in konkreten Fall entscheiden zu können.

Im Interesse der Ausarbeitung eines zum Beschluß führenden Maßes müßten die Gerichte unterstützt werden. Die Neuartigkeit der Aufgabe darf jedoch nicht übertrieben werden. Es muß davon ausgegangen werden, daß der Bereich der in unserer Studie behandelten Personen auch gegenwärtig zum Kompetenzbereich der Erwachsenengerichte gehört. Das Novum bildet die Erweiterung der Beurteilungsmöglichkeiten, die zwar auf die Veränderung der Dimensionen hinweist, doch dies kann auch deswegen keine unlösbare Aufgabe für die Erwachsenengerichte darstellen, weil den Regeln des Strafverfahrensgesetzes zufolge dieses Gericht auch heute die Sachen Jugendlicher verhandeln kann, wenn der Staatsanwalt aushausweise vor ihm Anklage erhebt. Das Gericht wird gerade in den Fällen zur Anwendung der behandelten Institution übergehen, in denen gegenwärtig — des engen Querschnittes wegen — es trotz der besten Absicht zu einem Freiheitsentzug von kurzer Dauer greifen muß. Wir haben allen Grund zu der Vermutung, daß in solchen Fällen die Möglichkeit der Zumessung einer Erziehungsmaßnahme in beträchtlichen Teil der Fälle eine entsprechende Alternative darstellt. Natürlich kann die Charakterisierung der Entscheidungsprozesse, die den Gegenstand der Analyse bilden, nicht mit Hilfe solcher Andeutungen und Hinweise durchgeführt werden. Dies umso mehr, weil diese Entscheidungen als Entscheidungen in wichtigen Rechtsfragen aufgefaßt werden können, in denen sich das Gericht auskennen muß.

Die Lage wird dadurch komplizierter, daß das Erwachsenengericht in der Frage der Anwendung des Strafrechtes Jugendlicher so Stellung neh-

men muß, daß es hinsichtlich dessen Zumessung auf die Jugendlichen im wesentlichen keine Erfahrung hat. Diese Erfahrung stellt jedoch keinen solchen „Meistergriff“ dar, der bisher nur den Jugendrichtern vorbehalten war. Es muß nämlich davon ausgegangen werden, daß sowohl das Gericht allgemeiner Kompetenz als auch das Jugendgericht das auf einheitlicher prinzipieller Grundlage beruhende und auch in seiner Struktur identische Strafrecht anwendet. Der Jugendrichter muß mit größerem Gewicht die persönlichen Umstände untersuchen und in erster Linie in Vergleich zu diesen die der Umerziehung dienenden Rechtsfolgen auswählen. Zu dieser Tätigkeit erhält das Jugendgericht viel Hilfe von den Angaben der Ermittlung, doch von besonders großer Wichtigkeit sind die — bereits oben erwähnten — Beweismittel zur Aufdeckung der Persönlichkeit des Jugendlichen (Milieustudie, Einschätzung). Dies ermöglicht, daß die Aufmerksamkeit des urteilenden Richters im Falle Jugendlicher vom objektiven Gewicht der Handlung sich der Persönlichkeit des Täters zuwendet. Das so hohe Niveau der Persönlichkeitskenntnis — oder nennen wir sie einfach Menschenkenntnis — welches vom Jugendrichter erwartet wird, kann im Besitz der entsprechenden Hilfsmittel auch vom Erwachsenenrichter erreicht werden. Dazu ist es nicht einmal notwendig, daß wir die Urteilstätigkeit der Gerichte von allgemeiner Zuständigkeit in Hinsicht der jungen Erwachsenen von dem Sachverständigengutachten in Bezug auf die Persönlichkeit abhängig machen.²

Die betonte Rolle der Persönlichkeit befreit auch das Jugendgericht nicht davon, sich mit der objektiven Schwere der Angelegenheit zu beschäftigen. Wie eine fallweise Entscheidung des Obersten Gerichtes besagt: „Die Strafzumessung entspricht dann der Absicht des Gesetzgebers, wenn die Handlung als konkretes Ereignis bewertet wird, mit allen ihrer spezifischen Eigentümlichkeiten zusammen, und wenn unter Beachtung der in der Person des Täters erkennbaren konkreten Gegebenheiten individualisiert wird.“ (Oberstes Gericht, Bf. I. 194/1969.)

Offensichtlich ist das in den Sachen der jungen Erwachsenen noch eher so, wo neben den auf die Persönlichkeit hinweisenden konkreten Beweisen auch aus den objektiven Eigentümlichkeiten der Handlung auf die moralische Entwicklung und psychische Einstellung des Täters geschlossen werden kann. Zu all dem muß aber hinzugefügt werden, daß der jetzt erwähnte Entscheidungsprozeß der Erwachsenengerichte im Vergleich zu den Jugendgerichten in einer abweichenden Fragenstellung formuliert werden kann. Dementsprechend sind die das 18. Lebensjahr erfüllten jungen Erwachsenen, die der Regel zufolge aufgrund des allgemeinen Strafrechtes für ihre Taten verantwortlich sind, nur dann unter den speziellen Beurteilungsrahmen der jungen Erwachsenen einzubeziehen, wenn:

a) festgestellt werden kann, daß ihre geistige und moralische Entwicklung in Vergleich zum allgemeinen Niveau ihrer Altersklasse zurückgeblieben ist;

b) sie wegen ihrer physischen Entwicklung oder ihres Gesundheitszustandes eine längere Einschränkung der persönlichen Freiheit nur schwer ertragen würden, ihre Absonderung jedoch begründet ist;

c) aus den Charakter der verübten Straftat und ihrem konkreten Verlauf eindeutig auf solche Motive geschlußfolgert werden kann, welche die Straftaten Jugendlicher charakterisieren (Beeinflußbarkeit, Unreife, Abenteuerlust, Ungeduld asw.);

d) der aggressive, rohe Charakter des verübten Verbrechens nicht die Einstellung des Jugendlichen, sondern die augenblickliche Lage charakterisiert. Besonders hierher zu reihen ist die Beurteilung der zum ersten Mal verübten Straftat – von eventuell schwererem Charakter;

e) der Täter seine Handlung zusammen mit anderen verübt hat und aus dem Verbrechen der stark beeinflussende Charakter der anderen hervorsticht. Besonders hierher zu reihen sind die Handlungen der „grauen“ Mitglieder jugendlicher Banden, die das 18. Lebensjahr erfüllt haben;

f) aus der verübten Straftat hervorgeht, daß ihre Täter die Schule nicht besucht, sich herumtreibt und die Tat mit dieser Lebensweise in engem Zusammenhang steht und von der Zwangserziehung ein entsprechendes Ergebnis erwartet werden kann;

g) aus den Umständen der Sache festgestellt werden kann, daß die Beschränkung der Freiheit des Täters oder eine Bestrafung anderen Charakters unnötig ist, weil eine in Hinsicht auf ihn auszuübende Kontrolle durch einen Erwachsenen die Wiederholung von Straftaten verhindern kann usw.

Wir haben diese Aufzählung so aufgestellt, indem wir wiesen: Kategorien Ordnung und jeder Art in Verbindung mit der Urteilsfällung führen auf außerordentlich unsicheren Boden und können die Stellung aller Art von Fragen oder angreifender Bedenkungen provozieren. Dennoch wollten wir kennzeichnen, daß wir zur Ausgestaltung der Praxis des Entscheidungsprozesses bereits zahlreiche Gesichtspunkte kennengelernt haben.³

Bei der Ausgestaltung der zur Lösung führenden Praxis können wir das meiste von den Urteilerfahrungen der Gerichte erhoffen. Durch die Urteilspraxis der Gerichte wurde die Wissenschaft der optimalen Entscheidungen auf eine hohe Stufe gehoben. Tibor Király sagt: „Die Strafgesetzgebung wurde bisher nicht mathematisiert, die Strategie des Kampfes gegen die Kriminalität nicht mit Methoden der Operationsforschung oder anderen ähnlichen Methoden bestimmt. Doch es besteht kein Zweifel, daß sie so auch nicht zu bestimmen ist.“⁴

Das ist zweifellos so, denn das Strafgesetzbuch stellt das Gericht oft vor die Entscheidung einer solchen Frage, zu der es nur sehr mäßige Instruktionen in Rechtsregeln gibt (in der Regel hinsichtlich der Ausschließungen), und so erhält das Gericht im wesentlichen freie Hand bei der Schaffung der Prognose. Betrachten wir zum Beispiel die Institution der bedingten Aussetzung des Vollzugs der Strafe. Das Gericht entscheidet in einer außerordentlich wesentlichen Frage, denn in gegebenen Fall geht es um den Entzug der persönlichen Freiheit des Täters für zwei Jahre oder die Ungestörtheit seiner Freiheit. Es ist auch nicht zweifelhaft, daß der Anwendungsbereich der Maßnahme von der Strafrechtsregel wenigstens in positiver Richtung nicht mit exakten Definitionen umgeben ist. Das Gericht kann die Strafe dann aussetzen, wenn ... besonders unter Hinsicht

auf die persönlichen Umstände des Täters vermutet werden kann, daß das Ziel der Strafe auch ohne deren Vollzug erreicht werden kann. (StGB 89. § Abs. (1).)

Warum sollte diese Institution eine weniger wahrscheinlichere Schlußfolgerung enthalten, als der von uns vorgeschlagene Mechanismus der richterlichen Entscheidungen? Es stimmt, daß das Oberste Gericht bezüglich der bedingten Aussetzung der Strafe den Gerichten auch positive Anweisungen gibt, doch warum sollte eine derartige Hilfe von Gebiet der speziellen strafrechtlichen Beurteilung der jungen Erwachsenen ausgeschlossen werden? Wir könnten eine Vielfalt weiterer Beispiele vorbringen, in erster Linie von Gebiet der Individualisierung, die zugleich auch zum Beweis dessen geeignet sind, daß die von uns vorgeschlagene Institution selbst auch eine Individualisierung darstellt. Die charakteristischste Eigenschaft der den Gegenstand der Analyse bildenden richterlichen Entscheidungen — die gerade durch die Ähnlichkeit zum Jugendgericht gegeben wird — ist, daß diese Entscheidungen an ein gewisses Lebensalter der Täter gebunden sind und aus ihnen nie die Forderung nach Kennenlernen der Persönlichkeit ausgeschlossen werden kann. Eine zentrale Frage des Strafrechtes der jungen Erwachsenen bildet nämlich die strafrechtliche Verantwortung. Es muß vorausgeschickt werden, daß es nicht um irgendeine „humane“ Reduzierung der Verantwortung geht, sondern eine solche Adaptierung der strafrechtlichen Verantwortung an die gesellschaftlichen Ansprüche, in der die gesellschaftlichen Eigenheiten des Lebensalters und der Situation der jungen Erwachsenen auch zum Ausdruck kommen. Der spezifische Charakter der strafrechtlichen Verantwortung der jungen Erwachsenen kann Gegenstand einer selbständigen Studie sein, von der Darlegung gewisser Fragen allerdings können wir auch jetzt nicht absehen, wenn wir unseren Vorschlag nicht um seine theoretische Begründung bringen wollen.

Das Strafgesetzbuch verbindet zwei Altersgrenzen mit Rechtsfolgen von allgemeiner Geltung. Die eine ist das im 20. § festgelegte Kindesalter, die das Nichterfüllen des 14. Lebensjahres neben anderen ausschließenden Gründen als Hindernis der Strafbarkeit betrachtet. Das Gesetz trifft keine Unterscheidung zwischen dem Kindesalter und anderen, die Strafbarkeit ausschließenden Gründen, obwohl der abweichende Charakter allgemein bekannt ist. Das frühere Studienheft der Fakultät für Staats- und Rechtswissenschaften der Eötvös-Lorand-Universität hat zwischen a) dem Kindesalter und b) den die Zurechnungsfähigkeit ausschließenden Gründen unterschieden. In dieser Auffassung schließt das Kindesalter nicht die Zurechnungsfähigkeit, sondern die Zurechnung aus. Die Erfüllung irgendeines Lebensalters an sich führt nämlich nicht automatisch zum Erwerb von Fähigkeiten. Doch können wir das Kindesalter deshalb nicht als von Zurechnungsfähigkeit ausschließender Bedeutung betrachten, weil infolge der vom Gesetz aufgestellten unumstößlichen Vermutung es nie zur Untersuchung der Fähigkeit der strafrechtlichen Zurechnung der im Kindesalter befindlichen Person kommen kann.

Das andere in allgemeinem Sinn bedeutende Lebensalter ist das strafrechtliche Jugendalter, das vom 107. § des Strafgesetzbuches formuliert

wird, und auf das die speziellen Bestimmungen des VII. Abschnittes aufgebaut sind.⁵ Dieser Paragraph ist ebenso von Präsumptionscharakter, wie die Gesetzesstelle über die ausschließende Wirkung des Kindesalters (StGB 22. §, Punkt a.)

Zu seiner Entscheidung ist nie die Meinung des Sachverständigen nötig, sondern lediglich eine Geburtsurkunde oder ein Personalausweis müssen besorgt werden. Die beiden Paragraphen stimmen auch darin überein, daß beide eine verantwortungsverringende Wirkung haben und in unterschiedlichen Stufen zur Ausschließung der strafrechtlichen Verantwortung der Erwachsenen führen. Wenn wir untersuchen, wie sie im System des Verbrechensbegriffes unterzubringen sind, dann ist es richtiger, von der Kategorie des Kindesalters auszugehen, da wir dies eindeutig als einen die Zurechnung ausschließenden Grund auffassen. Nicht so eindeutig ist die Unterbringung des Jugendalters im Verbrechensbegriff, weil dessen verantwortungsdegradierende Folgen vom Gesetzgeber in einem selbständigen Kapitel, von den sonstigen Bestimmungen des allgemeinen Teils ziemlich abgesondert formuliert worden sind. Es kann allerdings kein Zweifel bestehen, daß die mit dem Verstreichen der Lebensjahre eintretende Veränderung der rechtlichen Verantwortung sich notwendigerweise auf der gleichen Ebene, der Ebene der Zurechnung meldet.⁶

Während also das Kindesalter Unzurechenbarkeit zum Ergebnis hat, hat das strafrechtliche Jugendalter — um auf der gleichen Ebene zu verbleiben — eine verringerte Zurechnungsfähigkeit zum Ergebnis. Und was diesen Umstand anbetrifft, so bleibt die verantwortungsverringende Wirkung des Jugendalters in nichts hinter den Rechtsfolgen der sonstigen, im Gesetz formulierten Gründe zur Beschränkung der Zurechnungsfähigkeit zurück. Ist all dies aber ausreichend, um die derartige Verantwortung der Jugendlichen als speziellen Fall der strafrechtlichen Verantwortung zu betrachten? Die auf diese Frage zu gebende verneinende Antwort ist ziemlich allgemein. Sie beruft sich in der Regel darauf, daß — ähnlich zu den Erwachsenen — auch die strafrechtliche Verantwortung der Jugendlichen auf der Zurechnung beruht, deren grundlegende psychologische Prozesse auch von den Eigentümlichkeiten des Lebensalters nicht verändert werden. Die Zurechnung wird also in jedem Fall von der Erkennung der gefährlichen Folgen der Handlung sowie der dieser Erkenntnis entsprechenden Willenshandlung bestimmt. Nur daß in diesem Sinne auch das Kind über „Zurechnung“ verfügen kann, denn es ist auch fähig, vorzuschauend und „vorsätzlich“ schlecht zu handeln. „Die Mittel der rechtlichen Verantwortung werden jedoch in diesen Fällen nicht dadurch ausgeschlossen, daß der Täter nicht dazu in der Lage war, zwischen der rechtlichen und der rechtswidrigen Verhaltensweise zu „wählen“, sondern dadurch, daß auf seine Persönlichkeit mit den Mitteln der rechtlichen Verantwortung nicht eingewirkt werden kann...“⁷

Dem Kind also kann diese Tätigkeit nicht zugerechnet werden, weil die strafrechtliche Zurechenbarkeit nicht nur über psychologische Prozesse verfügt, sondern auch gesellschaftlich einschätzende Momente aufweist, ja die Zurechenbarkeit taucht als Einheit dieser Momente auf. Gyula

Eörsi bemerkt dazu folgendes: „Das ist das Gemeinsame an jeglicher Verantwortung, also an der Verantwortung des Kindes, das bereits über ein sich entwickelndes Bewußtesin verfügt, und auch der rechtlichen Verantwortung. Der Unterschied jedoch... liegt in dem unterschiedlichen Grad der psychischen Entwicklung und infolgedessen in Kreis der unter die ungünstige Beurteilung fallenden Verhaltensweisen sowie in der unterschiedlichen Qualität und der Schwere der beanspruchten Sanktionen: der unterschiedliche Grad der Entwicklung beansprucht in dieser Hinsicht eine unterschiedliche Qualität der Sanktionen.“⁸

So sehr wir auch die gemeinsame Grundlage der strafrechtlichen Verantwortung anerkennen, die die Strafsachen der Jugendlichen und Erwachsenen umfaßt, so können wir doch die Tatsache nicht außer Acht lassen, daß diese gemeinsame Grundlage eigentlich nur in der Welt der rechtlichen Formen existiert. Was ziemlich dadurch kompliziert wird, daß das Recht die positiven Voraussetzungen der Zurechnung nicht festlegt, sondern lediglich die ausschließenden Umstände aufzählt.⁹

Es besteht kein Zweifel, daß diese ausschließenden Umstände für jedes Subjekt des Strafrechtes identisch sind. Nur ist das vom Gesichtspunkt unseres Themas aus so wichtige Lebensalter selbst auch ein selbständiges Element des Systems der ausschließenden Gründe der Strafbarkeit. Das bereits mehrfach erwähnte „Kindesalter“ unterscheidet sich nicht nur dadurch von der Mehrzahl der im Gesetz festgelegten sonstigen ausschließenden Gründe, sondern auch dadurch, daß es nur über eine Stufe verfügt. Während die Mehrzahl der jetzt erwähnten sonstigen Gründe gleichermaßen über eine die strafrechtliche Verantwortung ausschließende und diese beschränkende Wirkung verfügt, hat das Kindesalter in jedem Fall eine die Verantwortung ausschließende Bedeutung.

Oder verhält es sich vielleicht dennoch nicht so? Können wir das strafrechtliche Jugendalter als einen solchen Lebensalterfaktoren auffassen, der eine beschränkte Zurechnungsfähigkeit zum Ergebnis hat und mit den sonstigen, die beschränkte Zurechnung darstellenden Gründen identischen Charakters ist und der nur vom Gesetzgeber aus rationeller Absicht an einer anderen Stelle des Gesetzes formuliert worden ist? So sehr wir uns auch des als wesentlich zu bezeichnenden Unterschiedes bewußt sind — d.h. des Umstandes, daß das Jugendalter mit der obligatorischen legalen Reduzierung der Rechtsfolgen identisch ist —, können wir nicht leugnen, daß hinsichtlich des Ergebnisses das Jugendalter das verantwortungsverringende Niveau der beschränkten Zurechnung erreicht ja sogar übersteigt. In vielen Fällen kann sogar auch von der Bestrafung abgesehen werden.¹⁰

Ist aber das Jugendalter tatsächlich aufgrund der verringerten Zurechnung zu einer selbständigen Institution des Strafrechtes geworden? Wir können nur Hilfe von den Regeln der formellen Logik erwarten. Wenn nämlich in der Institution des Kindesalters die Subjektwerdung erkannt werden muß, dann muß in Jugendalter die Geltendwerdung der gesetzlichen Vermutung des Ausschlusses der völligen Zurechnung erkannt werden. Dieser spezielle Charakter der Zurechnung muß sich auch auf der

Ebene der strafrechtlichen Verantwortung melden. Und zwar sowohl in den darin eine Rolle spielenden psychologischen Prozessen als auch in den die Zurechnung charakterisierenden gesellschaftlichen bewertenden Momenten.

Diesen Darlegungen gegenüber kann bemerkt werden – auch wenn man mit ihnen übereinstimmt –, daß sie zu abstrakt sind und ihnen hinsichtlich der Strafgerichtsbarkeit der Jugendlichen keine Bedeutung zukommt. Es mag sein, daß dies der Anschein ist. Die jugendliche Person wird nämlich lediglich aufgrund des Lebensalters den speziellen strafrechtlichen Regeln unterworfen. Dazu muß keinerlei spezieller psychischer Zustand oder Entwicklungsstatus bewiesen werden, ja ihre privilegierte Lage verhindert nicht einmal die konkrete Durchsetzung der sonstigen Gründe zum Ausschluß oder zur Beschränkung der Zurechnung.

All dies ergibt sich notwendigerweise aus dem kognenten präsumptiven Lösungssystem des Gesetzes.

Wesentlich abweichender ist jedoch die Lage in Falle der jugendlichen Erwachsenen, wo die Personen im Lebensalter zwischen 18 und 21 Jahren die Anwendung des „Strafrechtes der Jugendlichen verdient haben müssen“. In diesem Fall verliert der urteilende Richter die Präsumptions-Hilfsmittel und muß das spezielle Subjekt der jungen erwachsenen Person selbst feststellen – all das erfolgt praktisch auf dem Gebiet der Feststellung der Rechtsfolgen, kann man aber diesen Umstand radikal von der zugrunde liegenden Problematik der strafrechtlichen Verantwortung trennen? Darauf muß umso eher eine verneinende Antwort gegeben werden, weil – wie wir bereits oben dargelegt haben – in der strafrechtlichen Verantwortung die gesellschaftliche bewertende Tätigkeit und das die Verantwortung charakterisierende psychische Verhältnis untrennbar voneinander zusammen auftauchen. Aus all dem müssen wir notwendigerweise zu solch einer Folgerung gelangen, daß die spezielle Beurteilung der Strafsachen der jungen Erwachsenen theoretisch durch die Eigentümlichkeit der strafrechtlichen Zurechnung begründet wird. In dieser Hinsicht müssen die Stufen des Kennens der moralischen und rechtlichen Normen untersucht werden, die Gestaltung und Ausdehnung der allgemeinen Wertorientierung sowie die Lage der Schaffung der eigenen Selbstbewertung, die die unerläßliche Voraussetzung der Selbstlenkung des Verhaltens und der wechselseitigen sozialen Beziehungen darstellt. Die Verantwortung der jungen erwachsenen Straftäter können wir jedoch nicht von der Reife des Individuums ableiten und sie nicht als autonome Kategorie betrachten. Sie kann nicht mit dem Mangel der strafrechtlichen Reife identifiziert werden sondern erfordert die breiteste Untersuchung des Vorhandenseins der allgemeinen geistigen und gesellschaftlichen Reife. In die Feststellung der Verantwortung müssen die sozialen Elemente einbezogen werden, sie muß die tatsächliche gesellschaftliche Lage und der handelnden Person beinhalten, auch deren Bewußtsein.

Die Folge der Bewertung all dieser Umstände auf gesellschaftlicher Ebene ist die im richterlichen Urteil zutage kommende Sanktion, die das zweite Element der Zurechenbarkeit bildet. Wie Eörsi schreibt: „Die

Zurechenbarkeit ist nicht deswegen zu einer Grundlage der Verantwortung geworden, weil ein solches Verhalten der gesellschaftlichen Einschätzung nach eine Strafe verdient. . . , sondern weil dies gerade der Defekt ist, dem gegenüber mit dem Mittel der repressiven rechtlichen Sanktion der Kampf am ehesten aufgenommen werden kann.¹¹

In den bei den jungen Erwachsenen angewandten Sanktionen zeigt sich das doppelte Gesicht ihrer strafrechtlichen Verantwortung. Die sich in der gesetzlichen Strafe manifestierende Rechtsfolge kann den spezifischen Charakter der Verantwortung verbergen, da die spezielle Beurteilung lediglich in der quantitativen Beschränkung der Strafe zu einer Rolle kommt. Eindeutig allerdings ist der Charakter der Zurechenbarkeit in Falle der zugemessenen Erziehungsmaßnahme. Betrachten wir daher zuerst die Probleme in Hinsicht der Zumessung der Erziehungsmaßnahmen:

Die Anwendung der Erziehungsmaßnahme verändert – ähnlich zu den Jugendlichen – auch das Strafrecht der jungen Erwachsenen nicht zu irgendeiner Art speziellen kriminalpädagogischen Prozesses. Im System der Straferichtbarkeit ergibt sich die spezielle Beurteilung der Angelegenheiten der jungen Erwachsenen daraus, daß wir die von ihnen verübten Verbrechen als die Mängel eines nicht abgeschlossenen Sozialisierungsprozesses auffassen. Die ihnen gegenüber angewandte Erziehungsmaßnahme ist nicht in erster Linie die Durchsetzung des sozialistischen Humanismus, sondern ein objektiver gesellschaftlicher Anspruch, dessen Befriedigung die Aufgabe des sozialistischen Strafrechtes ist. Mit ihrer Hilfe streben wir nicht nach Liquidierung der Strafen, sondern nach deren rationeller Ergänzung.

Aus all den folgt grundsätzlich, daß wir theoretisch in den Angelegenheiten der jungen Erwachsenen die Anwendung sämtlicher Erziehungsmaßnahmen für möglich halten. Unter diesen wird – unserer Vermutung nach – das größte Problem die Zumessung der Besserungserziehung darstellen. Nicht, weil dafür irgendein organisatorisches oder institutionelles Hindernis besteht, sondern im Gegenteil, die Verlängerung der Erziehung im Besserungsinstitut bis zum 21. Lebensjahr würde die Bedeutung und Wirksamkeit der gesamten Rechtsinstitution verändern.¹²

Es geht darum, daß in Verbindung mit der Erziehbarkeit der das 18. – 19. Lebensjahr erfüllten jungen Erwachsenen in Besserungsinstitut in der öffentlichen Meinung und mit aller Sicherheit auch in der richterlichen Praxis ein ziemlich gemäßigter pädagogischer Optimismus zum Ausdruck kommt. Der Status eines 20 – 21 jährigen jungen Menschen in einer Bildungs- und Erziehungsanstalt, seine Unterbringung in einem Internat oder Institut zur Facharbeiterbildung zählt unter den Verhältnissen des freien Lebens zu einer völlig anerkannten und normalen Erscheinung. Die Unterbringung des 20 jährigen Straftäters im Besserungsinstitut wird vermutlich in der Zukunft den Abbau vieler Vorurteile voraussetzen. In erster Linie muß der Voraussetzung ein Ende gemacht werden, der zufolge die jungen Erwachsenen „Karriereverbrecher“ sind, deren antisozialen Reifeprozess allen anderen Reifeprozessen vorangeht.

In der gesetzlichen Regelung der Erziehung in der Besserungsanstalt wäre außer der sinnesgemäßen Änderung des Lebensalters vielleicht iere einzige Veränderung notwendig. Unter Hinsicht darauf, daß sich mit Einführung des jungen Erwachsenenalters die längste Zeitdauer der Erziehung in der Besserungsanstalt auf sieben Jahre erhöht, müßte unter Beibehaltung des minimal einem Jahres auch die maximale Zeit der Erziehung in der Anstalt geregelt werden (eventuell in einer Zeitdauer von 4 Jahren). Natürlich erfordern die hier vorgeschlagenen Änderungen auch eine Veränderung der inneren Ordnung der Besserungsanstalt in struktureller und organisatorischer Hinsicht. Heutzutage, wo die Problematik der Modernisierung der Erziehung in den Besserungsanstalten sowieso auf der Tagesordnung steht, und als Ergebnis bedeutender Investitionen sich bereits neue Perspektiven eröffnet haben, würde die Einführung der hier vorgeschlagenen Institution kein unlösbares Problem darstellen. Im wesentlichen ähnliche Probleme tauchen hinsichtlich der Bewährungsfrist auf. Eine solche „Ausdehnung“ der Aussetzung der Strafe auf Bewährung wurde hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit in jedem Falle eine weitere Verstärkung des Systems der Bewährungshelfer erfordern, denn der erziehende Charakter der Institution besteht gerade darin, daß die sich auf Bewährung befindliche Person während der Probezeit unter enger und ständiger Aufsicht des Bewährungshelfers steht. Die von uns vorgeschlagenen Lösungen wirken daher anregend auf die weitere Entwicklung der Aufsicht durch Bewährungshelfer. Was die mildeste Form der Erziehungsmaßnahmen, die Rüge betrifft, so kann deren Anwendungsmöglichkeit auch hier nicht als ausgeschlossen betrachtet werden.

Wie wir bereits oben dargelegt haben, halten wir es für begründet, das Verbot der Zumessung der Tobesstrafe und des lebenslänglichen Freiheitsentzuges vom gegenwärtigen 20. Lebensjahr auf das 21. Lebensjahr, also auf die gesamte Zeit des jungen Erwachsenenalters auszudehnen. Für die jungen Erwachsenen, denen das spezielle Strafverfahren zukommt, erscheint die Anwendung der beschränkenden Bestimmungen für die längste Zeitdauer des Freiheitsentzuges begründet.

Nicht problematisch erscheint, daß das Gericht bei den unter spezielle Beurteilung fallenden jungen Erwachsenen die sich auf die Besserungs- und Erziehungsarbeit sowie die Geldhauptstrafe beziehenden „jugendlichen Regeln“ anwendet, so wie es auch kein Hindernis für die Geltendmachung der sich auf die Nebenstrafen beziehenden speziellen Regeln gibt.

Wir wollen keinesfalls auf kodifikatorische Probleme eingehen, denn unser grundlegendes Ziel bestand in der skizzenhaften Darstellung der theoretischen Begründung sowie der praktischen Folgen der obigen strafrechtlichen Institution. Wir wollen daher zum Abschluß lediglich auf die hauptsächlichsten Probleme verweisen, an die bei einer zukünftigen Gesetzgebung unbedingt gedacht werden muß. Dies sind folgende:

a) Es muß dafür gesorgt werden, daß die aufgrund spezieller Regeln verurteilten jungen Erwachsenen von den nachteiligen Folgen der ihnen zugemessenen Strafen aufgrund der für die Jugendlichen vorgeschriebenen privilegierten Regeln befreit werden.

b) Im Geiste der für die jungen Erwachsenen anzuwendenden speziellen Regeln müßten diejenigen Bestimmungen des Besonderen Teiles des StGB überprüft werden, in denen der Gesetzgeber dem Lebensalter irgendeine Bedeutung zukommen läßt (zum Beispiel Verbrechen gegen die Jugend, widernatürliche Unzucht, Inzest, Kuppelei usw.).

c) Die gesetzliche Bestimmung des jungen Erwachsenenalters betrifft in erster Linie das materielle Strafrecht und eine ihrer Eigentümlichkeiten besteht gerade darin, daß die sich auf die Jugendlichen beziehenden strafrechtlichen Regeln in Rahmen des Strafverfahrens der Erwachsenen zur Anwendung gelangen. All das bedeutet nicht, daß nicht auch im Interesse der Anwendbarkeit der vorgeschlagenen gesetzlichen Bestimmungen auch einige Regeln des Strafverfahrens überprüft werden müßten. Einige von diesen sind bereits erwähnt worden. Für wesentlich allerdings halten wir die adäquate Erarbeitung der sich auf die Berufung beziehenden Bestimmungen. Entsprechend den Bestimmungen des Strafverfahrensgesetzes muß Gelegenheit zur Berufung in den Fällen gegeben werden, wenn das Gericht die materiellen Rechtsregeln, die die jetzt behandelte spezielle Beurteilung ermöglichen, nicht angewandt hat. Eine besonders wesentliche Frage ist die Entscheidung dessen, ob im Falle der Berufung auch des Gerichtsverfahren zweiter Instanz vor dem Erwachsenengericht erfolgt oder der von der Bestimmung ausgearbeiteten Praxis zufolge die vom Erwachsenengericht in erster Instanz verhandelte Angelegenheit in zweiter Instanz vor das Jugendgericht verwiesen werden muß? Die Entscheidung der Frage — die mit mehreren anderen Fragen zusammenhängt — muß nach der diesbezüglichen Debatte im Aufgabenbereich der konkreten Rechtsschaffung erfolgen.

Wir haben in unserer Studie keinen Zweifel in der Hinsicht belassen, daß wir nach einer Beeinflussung der Strafgesetzgebung streben. Was die konkrete Rechtsetzung betrifft, ist die Verwirklichung unserer Vorschläge die Funktion der vielseitigen — wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und rechtspolitischen — Untersuchung und der darauf beruhenden Entscheidung des Gesetzgebers. Und was die sonstige Aktualität des Problemes betrifft, betonen wir: die strafrechtliche Anerkennung des jungen Erwachsenenalters stellt die gesetzliche Nutzbarmachung der im Strafrecht und in anderen Wissenschaften erkannten Gesetzmäßigkeiten dar.

FUSSNOTEN

¹ Es sei bemerkt, daß die Feststellung und Unterscheidbarkeit des Charakters der Beurteilung auch deshalb unerlässlich ist, weil sich auf den aufgrund des „Jugendstrafrechtes“ zugemessenen Freiheitsentzug die speziellen Regeln der Rehabilitierung beziehen, die auch der jetzt behandelten Gruppe der jungen Erwachsenen nicht entzogen werden sollten.

² In dieser Hinsicht verweisen wir auf die Angaben der erwähnten Forschung, wonach in den Fällen der jungen Erwachsenen viel öfter medizinische bzw. psychiatrische Sachverständige bestellt wurden, als in den ähnlichen Angelegenheiten der Jugendlichen (Jugendliche 41,3%, junge Erwachsene 53,2%).

³ Die ausführliche Richtweisung bezüglich der Vereinheitlichung des Entscheidungsprozesses sollte das Oberste Gericht im Rahmen des prinzipiellen leitenden Kompetenzbereiches durchführen.

⁴ Tibor Király: Büntetőjogi határán (Strafurteil an der Grenze des Rechtes). Közgazdasági és Jogi Könyvkiadó, Budapest 1972, S. 282.

⁵ In Hinsicht der Strafzumessung kommt noch der Erfüllung des 16. und des 20. Lebensjahres Bedeutung zu.

⁶ Einfacher ist die Entscheidung dieser Frage zum Beispiel in bulgarischen Strafbuch, wo der Gesetzgeber unter die im III. Kapitel behandelten „strafrechtlich verantwortlichen Personen“ die Personen in Kindesalter, die Jugendlichen und die sonstigen Personen von verminderter Zurechnung gleichermaßen aufnimmt.

⁷ Gyula Eörsi: A jogi felelősség alapproblémái, a polgári jogi felelősség (Die Grundprobleme der rechtlichen Verantwortung, die zivilrechtliche Verantwortung). Akadémiai Kiadó, Budapest 1961, S. 97.

⁸ Gyula Eörsi: op. cit., S. 80 – 81.

⁹ Der Begriff der Zurechenbarkeit wird von István Losonczy folgendermaßen formuliert: „Die Zurechenbarkeit ist der Zustand des Menschen, in dem sein Verhalten durch eine völlig entwickelte, intakte geistige und zielbewußte Willenstätigkeit bestimmt wird.“

¹⁰ Nachdem István Losonczy beanstandet, daß die Paragraphen StGB nur Bestimmungen über die Strafe beinhalten, vergleicht er die jetzt von uns untersuchten Faktoren der Zurechenbarkeit. (Separatum aus dem Band „Jubiläumsstudien, S. 235. bzw. 242).

¹¹ Gyula Eörsi: op. cit., S. 81.

¹² Denken wir nur daran, wie niedrig die Zahl der zur Erziehung in Besserungsanstalten Verurteilten in den von uns veröffentlichten Forschungsstatistiken infolge der Lebensalterprobleme ist. Doch wir können uns auch darauf berufen, daß viele der Jugendlichen, die aus dem Besserungsinstitut entlassen werden, bei der Direktion um Fortsetzung der Erlernung des begonnenen Berufes ersuchen.

МОЛОДЫЕ СОВЕРШЕННОЛЕТНИЕ И УГОЛОВНОЕ ПРАВО

МОЛНАР ЙОЖЕФ

На базе конкретного исследования автор выступает за уголовно-правовое признание возраст молодых совершеннолетних в качестве самостоятельной группы. Он стремится доказать то предположение, что между несовершеннолетними и совершеннолетними можно уместить ещё возрастную группу (молодых совершеннолетних), существование которой в качестве группового явления должно быть признано у уголовным правом. Автор выдвигает конкретные предложения по поводу введения этого правового института.

LES JEUNES ADULTES ET LE DROIT PÉNAL

par

JOSEPH MOLNÁR

professeur agrégé à l'Université
de Budapest

Basé sur une recherche empirique, l'auteur argumente en faveur de la reconnaissance de la catégorie autonome des jeunes adultes en domaine du droit pénal. Il voudrait prouver l'existence d'un groupe d'âge séparé entre les adolescentes et les adultes; l'est le groupe des jeunes adultes qui sont des caractères distinctifs.

Selon l'auteur ces caractères distinctifs sont si remarquables qu'ils exigent la reconnaissance de la groupe d'âge comme catégorie autonome même en domaine du droit pénal.

En ce qui concerne l'admission juridique de cette catégorie, l'auteur formule ses propositions concrètes.